

EU-Nachrichten 16 2016

KURZ & KNAPP

Rezeptpflichtige Arzneimittel 3

EuGH kippt Preisbindung in Deutschland

IM FOKUS

Migrationspartnerschaften 5

Erste Erfolge bei Verhandlungen mit fünf afrikanischen Staaten

Stadtentwicklung 6

EU fördert Austausch von Kommunen

FLÜCHTLINGE IN DER TÜRKEI

Juncker sieht Hilfe der EU auf gutem Weg

Handelspolitik, die Beziehungen zu Russland und die Steuerung von Migration sind die Hauptthemen des EU-Gipfels am 20. und 21. Oktober. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat die Staats- und Regierungschefs in einem Brief zuvor über die Fortschritte bei der Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei informiert. An der Versorgung und Integration der Migranten, die sich dort aufhalten, will sich die EU im Rahmen des Flüchtlingspakts mit zunächst 3 Mrd. Euro beteiligen.

Über 2,2 Mrd. Euro stehen laut Juncker inzwischen bereit, 467 Mio. Euro seien bereits an Partner ausgezahlt, die Projekte in der Türkei verwirklichten. Das übrige Geld soll je nach Fortschritt der Projekte fließen. „Entscheidend ist, dass die Mittel aus der Flüchtlingsfazilität einen spürbaren Unterschied für das Leben der über drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei darstellen“, betonte Juncker.

Flüchtlingsfazilität für Türkei



Für die Sicherheit öffentlicher Plätze, etwa des Kölner Hauptbahnhofs, können Informationen wichtig sein, die die Polizei aus dem EU-Ausland bekommt.

ZWISCHENBILANZ IM KAMPF GEGEN TERRORISTEN

Gemeinsames Handeln erhöht die Sicherheit

Die EU-Bürgerinnen und -Bürger vor Terroristen, organisiertem Verbrechen und Cyberkriminalität schützen – das ist das Ziel der Europäischen Sicherheitsagenda. Über die Fortschritte beim Aufbau einer Sicherheitsunion will die EU-Kommission künftig monatlich berichten. Bei der Vorstellung des ersten Berichts sagte der für Innenpolitik und Migration zuständige Kommissar Dimitris Avramopoulos, die jüngste Verhaftung eines terrorverdächtigen Syrers in Leipzig zeige, wie wichtig die europäische Zusammenarbeit bei dem Thema ist.

> „Die enge Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei hat zu dieser Verhaftung geführt“, so Avramopoulos. „Diese Person war in Besitz von Sprengstoff mit Inhaltsstoffen, deren Gebrauch normalerweise durch die gegebenen Regeln streng kontrolliert sein sollte. Die Person war auch im Fokus der Nachrichtendienste. Und auf all diese Punkte wird die Sicherheitsunion deutliche Auswirkungen haben“, so der Kommissar.

„Die innere Sicherheit eines Mitgliedstaats ist die innere Sicherheit aller Mitgliedstaaten“,

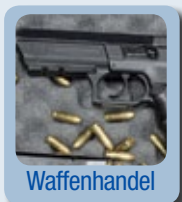
sagte Avramopoulos. Auch der neue EU-Kommissar für die Sicherheitsunion, Julian King, hob hervor: „Die Angriffe von Terroristen richten sich nicht gegen einzelne Mitgliedstaaten. Sie richten sich gegen unsere Lebensweise, unsere Offenheit und unsere Zukunft. Auf der Grundlage von Vertrauen und wirksamer Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und Mitgliedstaaten müssen wir umfassend und nachhaltig darauf reagieren“, sagte King. Für November kündigte er einen Gesetzesvorschlag zum Aufbau eines EU-weiten Reiseinformations- und Genehmigungssystems (ETIAS) an. >>

EUROPOL (EUROPEAN POLICE OFFICE)

Europol ist eine EU-Agentur. Sie koordiniert die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten, hilft etwa bei Analysen und Informationsaustausch und unterstützt Einsätze vor Ort.



Drogenhandel

Geldwäsche/
-fälschung

Waffenhandel



Terrorismus



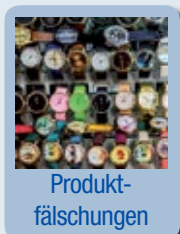
EUROPOL

Informations-
knotenpunkt

Abteilung für
Organisierte
Kriminalität

Europäisches
Cybercrimezentrum

Europäisches Zentrum
für Terrorismus-
bekämpfung

Produkt-
fälschungen

Cybercrime

Raub und
DiebstahlMenschenhandel/
-schmuggel

Quelle: Europol

Bilder: Shutterstock; Shanti Hesse/Shutterstock.com

Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet werden, die etwa einen Rechtsrahmen zum Umgang mit in die EU zurückkehrenden „terroristischen Kämpfern“ steckt. In dem Zusammenhang mahnt die Kommission auch beim Aufbau eines Ein- und Ausreisensystems (EES) zur Kontrolle von EU-Bürgern an den EU-Außengrenzen zur Eile.

Bei der Überarbeitung der vierten Geldwäscherichtlinie erwartet die Kommission Anfang 2017 den Beginn der Verhandlungen zwischen EU-Staaten und Europäischem Parlament. Ziel ist hier, den finanziellen Spielraum von Kriminellen und Terroristen einzuengen.

Neue Technik soll Bombenbau erschweren

Der Kommissionsbericht listet auch Fortschritte beim Kampf gegen Terroristen und Kriminelle auf. So seien aus einem von der EU geförderten Forschungsprojekt Patente für Verfahren hervorgegangen, mit denen die Explosionsfähigkeit von bestimmten Produkten aus dem Baumarkt „neutralisiert“ werden kann. Das könne das Basteln von Bomben aus legal erhältlichen Ausgangsstoffen erschweren.

Das neue Radical Awareness Network (RAN) der EU habe im September eine „Exit Hate“ Kampagne gegen Hasspropaganda gestartet, die mit Berichten von „Zeugen“, etwa Aussteigern aus der Extremistenszene, arbeitet. Diese Kampagne könne jetzt auch in Drittstaaten exportiert werden. Besuche von RAN-Vertretern in der Türkei und Jordanien hat es laut Kommission schon gegeben. Für den 9. November ist eine weitere EU-Konferenz zur Verhütung von Radikalisierung geplant, am 8. Dezember soll das zweite EU-Internet-Forum zum gleichen Themenkomplex stattfinden. (frh) >

Europäische Sicherheitsagenda

Aktion gegen Cyber-Geiselnahme

Das EU-Zentrum zur Bekämpfung von Cyberkriminalität hat gemeinsam mit der niederländischen Polizei, Intel Security und Kaspersky Lab eine Kampagne gegen so genannt „Ransomware“ gestartet. Diese Schadprogramme verschlüsseln auf befallenen Computern Daten, die nur gegen Lösegeldzahlung wieder freigegeben werden. Durch die EU-Kampagne konnten laut Bericht bisher 2.400 Opfer von „Ransomware“ befreit werden, ohne zahlen zu müssen.

>> Damit soll eine Überprüfung ermöglicht werden, ob von Drittstaatsangehörigen, die kein Visum brauchen und in den Schengen-Raum reisen wollen, möglicherweise eine Gefahr ausgeht. Zudem sollen im November weitere Stoffe in die EU-Verordnung für Explosivstoffe aufgenommen werden. Diese Produkte, die möglicherweise zum Bombenbau verwendet werden können, werden dann genauer überwacht. Es gibt etwa eine Meldepflicht für ihren Verlust, Diebstahl oder auffällige Käufe.

In dem Kommissionsbericht werden die Fortschritte bei Dossiers beschrieben, die derzeit von den EU-Gesetzgebern beraten oder von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden müssen. Als „ziemlich wichtiges Beispiel“ für ein Thema, bei dem sich die EU mehr anstrengen müsse, nannte King die Umsetzung der Richtlinie zur Speicherung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Record – PNR). Dabei geht es darum, die PNR aller in der EU ankommenden und abgehenden Flüge an von den Mitgliedstaaten zu schaffende Informationsstellen zu übermit-

teln. Umsetzungsfrist ist Mai 2018, aber bisher hat laut Kommissionsbericht nur das Vereinigte Königreich eine solche Informationsstelle eingerichtet. Frankreich und Ungarn könnten bis Jahresende so weit sein, aber in elf Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland – gibt es laut King bisher keine Umsetzungspläne.

Mitgliedstaaten bei Umsetzung helfen

Der Brite betonte, die Kommission wolle nicht mit Vertragsverletzungsverfahren drohen, sondern den Ländern mit Geld und Expertise bei der Umsetzung helfen. Dafür werde bis November ein Umsetzungsplan mit Etappenzielen vorgelegt und Fördermittel von 70 Mio. Euro würden mobilisiert.

Bei mehreren Legislativvorschlägen drängt die Kommission die EU-Gesetzgeber zur Eile. Bis Jahresende wünscht sie sich eine Einigung auf die überarbeitete Fassung der Feuerwaffen-Richtlinie, mit der die Kommission den Zugang zu den gefährlichsten Schusswaffen erschweren will. Ebenfalls bis Jahresende sollte die

VERSCHREIBUNGSPFLICHTIGE MEDIKAMENTE

EuGH kippt Preisbindung in Deutschland

Die in Deutschland gesetzlich vorgeschriebene Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel muss abgeschafft werden. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs stellt sie eine nicht gerechtfertigte Beschränkung des freien Warenverkehrs dar, der zu den vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarkts gehört. Diese Einschränkung sei auch nicht aus Gründen des Gesundheitsschutzes gerechtfertigt und ebenso wenig geeignet, eine gleichmäßige Versorgung mit Arzneimitteln sicherzustellen, urteilte der EuGH.

In dem Verfahren geht es um eine Klage der deutschen Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs (ZBW) gegen die Selbsthilfeorganisation Deutsche Parkinson Vereinigung. Diese hatte für ihre Mitglieder ein Bonussystem für verschreibungspflichtige Medikamen-

te mit der niederländischen Versandapotheke DocMorris ausgehandelt. Die ZBW sieht in dem Bonusmodell einen Verstoß gegen die deutsche Regelung, die für rezeptpflichtige Arzneimittel einen im ganzen Land einheitlichen Apothekenabgabepreis vorschreibt. Der EuGH plädiert in seinem Urteil für mehr Preiswettbewerb im Apothekenhandel. Einen Wettbewerbsvorteil der traditionellen Apotheken sehen die Richter in der individuellen Beratung vor Ort. Az: C-148/15

■ *Keine Preisbindung mehr für Arzneimittel*



ZUKUNFTSBRANCHEN IM FOKUS

EU-Kommissar Moedas lobt deutsche Forschungspläne

Deutschland hat als erster EU-Staat einen Aktionsplan für die Forschungspolitik nach 2020 vorgelegt. Innovation, „Industrie 4.0“ und die digitale Transformation der Wissenschaft stehen dabei im Zentrum. „Ich sehe zwei Gründe, weshalb Ihr Plan ein Beispiel für den Rest Europas darstellt: Sie haben den Schwerpunkt auf die digitale Wirtschaft gelegt und Sie sehen über Ihre Grenzen hinaus, um exzellente Forschung in der gesamten EU zu unterstützen“, lobte EU-Forschungskommissar Carlos Moedas bei einer Konferenz zum Europäischen Forschungsraum in Berlin.

Moedas bezeichnete Exzellenz, Offenheit und Wirkung als die drei Grundwerte, an denen das EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 bei seiner Bewertung zur Halbzeit gemessen werden sollte. Europa brauche dringend eine Kultur der offenen Wissenschaft und müsse gegen protektionistische Instinkte angehen und verstehen, dass kein Land, wie groß auch immer, mit einem geschlossenen Innovationsmodell im Wettbewerb bestehen kann. Offenheit sei auch deshalb wichtig, weil bei der zunehmenden Spezialisierung die interessantesten Erkenntnisse an den Schnittstellen der Forschungsdisziplinen gewonnen würden, sagte Moedas. Die Diskussion über die Richtung der EU-Forschungspolitik nach 2020 hat gerade erst begonnen.

■ *Deutscher Aktionsplan zur Forschung*

SPEICHERUNG VON IP-ADRESSEN

Deutsche Datenschutzvorgaben gehen laut EuGH zu weit

Die Bundesregierung muss wohl ihr Telemediengesetz erneut ändern. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) urteilte, dass die deutsche Regelung, Webseitenbetreibern die Speicherung von Computeradressen (IP-Adressen) von Seitenbesuchern nur zu erlauben, wenn dies für die Nutzung oder Abrechnung erforderlich ist, sich nicht mit EU-Recht vereinbaren lässt. Ein Webseitenbetreiber könne auch ein durch die EU-Datenschutzrichtlinie gedecktes, berechtigtes Interesse haben, personenbezogene Daten der Nutzer zu speichern, wenn er sich etwa gegen Cyberattacken verteidigen will.

Der schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete der Piratenpartei Patrick Breyer sieht in der Speicherung von IP-Adressen beim Surfen auf Webseiten des Bundes einen Verstoß gegen das Telemediengesetz und hatte die Bundesregierung verklagt. Breyer befürchtet, dass ein Nutzer allein deshalb als verdächtig registriert werden könnte, weil er beispielsweise auf der Seite des Bundesgesundheitsministeriums Informationen über illegale Drogen liest. Der Fall war schließlich vor dem Bundesgerichtshof gelandet, der den EuGH bat zu klären, ob die fraglichen IP-Adressen personenbezogene Daten sind und gespeichert werden dürfen. Der Bundesgerichtshof muss nun im Einklang mit dem EuGH-Urteil über den Fall entscheiden. Az: C-582/14

■ *Telemediengesetz vor Änderung*

UNFAIRE HANDELSPRAKTIKEN

EU-Staaten sollen modernere Schutzinstrumente einführen

Bei der Modernisierung der EU-Instrumente zum Schutz vor unfairer Konkurrenz im Welthandel drängt nach Ansicht der EU-Kommission die Zeit. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker appellierte an die Mitgliedstaaten, nun zügig eine Reform etwa der Regeln für Antidumpingzölle zu beschließen, die bereits 2013 von der Kommission vorgeschlagen worden waren. „Handel ist unerlässlich für unser Wirtschaftswachstum und unsere Arbeitsplätze, aber wir sollten nicht naiv sein. Unsere gegenwärtigen Regeln erweisen sich als unzureichend im Kampf gegen unfairen ausländischen Wettbewerb“, sagte Juncker. In einigen EU-Industrien seien bereits Tausende von Arbeitsplätzen verloren gegangen.

Um einen Kompromiss im Ministerrat zu ermöglichen, schlägt die Kommission besondere Berechnungsmethoden zur Festsetzung von höheren Antidumpingzöllen vor, wenn im Herkunftsland der fraglichen Ware große Überkapazitäten in der Produktion bestehen oder wenn staatliche Eingriffe in den Markt dort das wahre Ausmaß der Wettbewerbsverzerrung verschleiern. Überkapazitäten seien wie ein „Krebsgeschwür“, sagte Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen. „Wenn wir die Krankheit nicht heilen, schaden wir dem gesamten Welthandel“, so Katainen.

■ *Gegen unfaire Handelspraktiken*

Bessere Gesundheitssysteme müssen nicht immer mehr kosten



Durch das Anbieten von möglichst viel ambulanten Behandlungen haben einige EU-Staaten ihre Krankenhauskosten senken können.

Die steigende Lebenserwartung und die sich stetig verbessernden Möglichkeiten der medizinischen Behandlung stellen die EU-Regierungen vor die Frage, wie sich die dadurch stark steigenden Kosten im Gesundheitswesen im Griff behalten lassen. Da es dabei um große Summen geht, die aus öffentlichen Kassen aufgebracht werden, und damit auch die Stabilität der Staatshaushalte betroffen ist, diskutieren die Mitgliedstaaten das Thema auch auf europäischer Ebene, etwa im Kreis der Finanzminister. Als Gesprächsgrundlage hat die EU-Kommission einen umfangreichen Bericht über die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten vorgelegt.

> Darin geht es um die Elemente, die für die Nachhaltigkeit der Finanzierung wichtig sind, und um die wichtigsten Herausforderungen. Der Bericht zeigt die großen Unterschiede in der Gesundheitspolitik der Mitgliedstaaten auf. Es werden auch erfolgreiche Strukturreformen gewürdigt, zum Beispiel in Portugal, den Niederlanden, Frankreich, Spanien und Schweden, die anderen Ländern Anregungen geben könnten.

Deutlicher Kostenanstieg bis 2060 erwartet

Der Kommission zufolge dürften die öffentlichen Ausgaben für die Gesundheitsversorgung und die Langzeitpflege von 8,7 Prozent des EU-BIP im vergangenen Jahr auf 12,6 Prozent im Jahr 2060 steigen. 1990 waren es noch 5,8 Prozent. Die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer soll 2060 rund 84 Jahre betragen und für Frauen 89,1 Jahre. Die Aufwendungen der einzelnen Mitgliedstaaten für den Gesundheitssektor sind dem Bericht zufolge sehr unterschiedlich. Auf der Basis von Daten aus dem Jahr 2013 gaben die Niederlande dafür fast 12 Prozent ihres BIP aus, Zypern hingegen weniger als 4 Prozent. Deutschland liegt an sechster Stelle mit rund 9 Prozent. Die Kommission hat einige Stellschrauben benannt, an denen gedreht werden kann, damit das Geld aus den öffentlichen Kassen den Patienten mehr Nutzen bringt:

- > Eindämmung der Krankenhauskosten
- > Stärkung der Hausärzte und der Möglichkeiten zur Primärversorgung
- > Mehr häusliche Pflege

- > Begrenzung der Arzneimittelkosten
- > Mehr Aufwendungen für Gesundheitserziehung und Prävention

„Der Bericht zeigt, dass Pflegeleistungen und die Qualität im Gesundheitswesen sich in fast allen Mitgliedstaaten verbessern lassen, ohne dass dies zu höheren Ausgaben führen muss“, sagte Valdis Dombrovskis, der für den Euro und sozialen Dialog zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, nach dem Meinungsaustausch mit den EU-Finanzministern.

Als überwiegend erfolgreich werden etwa zahlreiche Reformen der vergangenen Jahre in Portugal bewertet. Die Kosten für Medikamente sind dort laut Bericht deutlich begrenzt worden. Zum Beispiel ist in Portugal gesetzlich vorgeschrieben, dass die Preise von Arzneimitteln, deren Patente auslaufen, automatisch sinken müssen. Es gibt auch Regeln für die Ärzte zur Verschreibung von Generika und billigeren Medikamenten und ein System zu deren Durchsetzung.

Portugal hat es laut Kommission geschafft, das Hausarztssystem zu stärken und will neben dem „Familienarzt“ auch das Konzept einer „Familienkrankenschwester“ etablieren. Dadurch gibt es weniger Patienten in Krankenhäusern. Kostensenkungen wurden auch durch Einkaufsgemeinschaften für Fahrzeuge, medizinische Produkte und externe Dienstleistungen erzielt. Der Gesundheitszustand der Portugiesen hat sich laut Bericht bei sinkenden Kosten verbessert.

Auch Spanien, das weniger Geld für das Gesundheitswesen ausgeben als viele andere EU-Länder, werden gute Ergebnisse attestiert. Hier koppelt eine „Pharmapreisbremse“ die Preise für Medikamente an das Wirtschaftswachstum. In Schweden wohnen laut Bericht bei unterdurchschnittlichen Gesundheitsausgaben die Menschen mit einer der höchsten Lebenserwartungen der Welt. Zudem sei es gelungen, die Wahlrechte der Patienten zu stärken und die Wartezeiten für Behandlungen zu reduzieren. Die Niederlande hätten ihr versicherungsbasiertes Gesundheitssystem effizienter und günstiger gemacht. Dazu beigetragen hätten Bemühungen, die Menschen zu einem gesünderen Lebensstil zu bewegen, heißt es in dem Bericht. (fra/ste) >

Nachhaltigkeit von Gesundheitssystemen

Ratschläge für Deutschland

Deutschland bescheinigt die EU-Kommission „vielversprechende Reformen“. Die Bevölkerungsalterung erfordere aber weitere Verbesserungen, etwa bei Telemedizin und digitalen Lösungen, was die Kommunikation zwischen den Ärzten und effizientere Behandlungen fördere. Die Rolle von Hausärzten solle gestärkt werden und Krankenhäuser sollten mehr ambulante Leistungen anbieten. Eine stärkere Spezialisierung von Krankenhäusern, der Abbau von Überkapazitäten und der Ausbau von Vorsorgeprogrammen gehören zu den weiteren Ratschlägen an Deutschland.

ZUSAMMENARBEIT MIT AFRIKANISCHEN STAATEN

Migrationspartnerschaften bringen erste Erfolge

Auf dem Weg zu ihrem Ziel, gemeinsam mit den afrikanischen Ländern Nigeria, Niger, Mali, Senegal und Äthiopien die Migration auf nachhaltige, verantwortliche und menschliche Weise zu steuern, hat die EU „in den letzten vier Monaten mehr erreicht als in Jahren zuvor“. Diese Bilanz zog Federica Mogherini, die Hohe Beauftragte der EU für Außenpolitik und Vizepräsidentin der EU-Kommission. Sie legte einen ersten Fortschrittsbericht über die im Juni angestoßenen Verhandlungen über „Partnerschaftsabkommen zur Migration“ mit den fünf Ländern vor. Er wurde für den EU-Gipfel am 20. und 21. Oktober erstellt.



Projekte, die Arbeitsmöglichkeiten schaffen, können Menschen eine Perspektive in ihrem Heimatland eröffnen.

> Im Rahmen der Initiative habe sich die EU von ihrer besten Seite gezeigt. EU-Institutionen und Mitgliedstaaten hätten exzellent zusammengearbeitet, und unter anderem durch zehn hochrangige Besuche von EU-Kommissarinnen und Kommissaren, von EU-Ministern und Bundeskanzlerin Angela Merkel hätten beide Seiten die jeweiligen Prioritäten verstanden, und in den Partnerländern sei eine größere Bereitschaft zur Zusammenarbeit entstanden. Die Kooperationsziele darauf ab, beiden Seiten zu nutzen.

Juncker dringt auf mehr Anstrengungen

„Der erste Fortschrittsbericht zeigt, dass dieser neue Ansatz funktioniert“, sagte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Jetzt müssten die Anstrengungen zur Migrationssteuerung verstärkt werden. „Europa muss mehr gegen die Tragödie tun, dass tausende Migranten und Flüchtlinge jedes Jahr das Mittelmeer überqueren, weil sie vor Armut, Krieg und Verfolgung fliehen“, erklärte Juncker.

Die EU strebt bis Jahresende den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit den fünf Ländern an. Zur Zusammenarbeit bewegt werden sollen sie mit einem „Mix aus positiven und negativen Anreizen“ in der Handels- und Entwicklungspolitik. Um Fluchtursachen zu beseitigen und den Ländern zu helfen, Flüchtlinge aufzunehmen und ihre Grenzen besser zu sichern, will die Kommission bis 2020 zunächst 8 Mrd. Euro bereitstellen. Außerdem hat sie die Schaffung eines Europäischen Fonds für Nachhaltige Entwicklung (EFSD) vorgeschlagen, der

sich an der EU-Investitionsoffensive orientiert. „Die erste Priorität ist es, Leben zu retten“, sagte Mogherini zu den Plänen. Die anderen Prioritäten für die EU seien, Schleusern und Menschenschmugglern das Handwerk zu legen, Migranten legale Wege in die EU zu öffnen und irreguläre Migranten zurückzuschicken. Besonders viele Fortschritte sieht Mogherini bisher bei der Kooperation mit Niger.

Dort ist laut dem Kommissionsbericht eine eigene Behörde gegen Menschenschmuggel eingerichtet worden, die EU hat sich an Ausbildung, Grenzkontrollen und beim Vorgehen gegen Schleuser beteiligt. Von diesen seien seit Juni viele verhaftet worden. Die durch Niger nach Libyen und Algerien durchziehenden Migranten würden genauer kontrolliert und über die Risiken und Aussichten ihrer Reise aufgeklärt. Einige Hundert seien von den Grenzen in die Stadt Agadez in der Sahelzone zurückgebracht worden. Zudem sei die Zahl der freiwillig um-

kehrenden Menschen von 1.721 im Jahr 2015 auf 3.020 in den ersten acht Monaten dieses Jahres gestiegen. Die EU beteiligt sich in Niger auch an der Finanzierung von vier Transitlagern und an Jugendbeschäftigungsprogrammen.

Maßgeschneiderte Abkommen

„Für jedes Land gibt es einen maßgeschneiderten Pakt“, sagte Mogherini. In Nigeria, woher viele Migranten irregulär in die EU kommen, sei inzwischen eine Kontaktstelle zur Wiederaufnahme und Schleuserbekämpfung benannt und es gebe erste Kooperationen mit der neuen EU-Grenzschutzagentur. „In den nächsten Tagen“ sollen laut Kommission Verhandlungen über ein Rücknahmeabkommen beginnen. Die EU unterstützt Projekte zur Bekämpfung von Fluchtursachen sowie zur Migrationssteuerung und Re-Integration von Heimkehrern.

Auch in Senegal, Mali und Äthiopien fördert die EU Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Verbesserung von Grenzschutz, Re-Integration und zur Einführung verlässlicherer Melderegister und Personalpapiere. Die Identifizierung von Menschen sei Voraussetzung für Rücksendungen, sagte Mogherini. Die politische Lage in Äthiopien nannte sie „besorgniserregend“. Dort lebten über 700.000 Flüchtlinge unter schwierigen Bedingungen und die EU wolle helfen, ihre Lage und die der heimischen Bevölkerung zu verbessern. (frh) >

Nothilfe-Treuhandfonds

Ein Instrument, mit dem die EU hilft, Fluchtursachen zu beseitigen, ist der Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika. Wie die EU-Kommission berichtet, sind mit Unterstützung des Fonds 24 Projekte umgesetzt worden und erste Erfolge sind zu verzeichnen. Die Kommission hat den Mitgliedstaaten daher die Aufstockung um 500 Mio. Euro vorgeschlagen.

■ Bilanz der Migrationspartnerschaften

EU fördert Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen



Stadtplaner in der EU beschäftigen etwa die Fragen, wie sich die Luftqualität verbessern lässt und wie nachhaltige Stadtentwicklung aussieht.

> Das eine soll zur zentralen Anlaufstelle, zum „One-Stop-Shop“ für eine Vielzahl nützlicher Informationen zur Stadtentwicklung werden, besonders zur Beantwortung der Fragen, wie bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann, wie Energie effizienter eingesetzt und die soziale Teilhabe ärmerer Menschen verstärkt werden kann. Auch viele Informationen zu den verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten in der EU und zu Veranstaltungen zum Thema Stadtentwicklung sind hier zu finden. Über das zweite neue Portal, die „Urban Data Platform“ können Stadtverantwortliche und Fachleute Kennziffern zur Entwicklung und zu kommunalen Angeboten von mehr als 800 europäischen Städten finden und die Lage ihrer Kommune besser beurteilen. Die „zentrale Anlaufstelle“ haben sich viele Städte gewünscht, um die im Frühjahr angestrebte EU-Städteagenda besser umsetzen zu können.

Karlsruhe hilft bei Verkehrspolitik

Im Januar sollen weitere EU-Städte beginnen, im Rahmen von Partnerschaften Lösungen für kommunale Probleme zu suchen. Die Stadt Karlsruhe koordiniert gemeinsam mit der tschechischen Regierung den Erfahrungsaustausch beim Thema „urbane Mobilität“. Andere Partnerschaften wollen sich mit Kreislaufwirtschaft, digitalem Wandel und Arbeit und Weiterbildung beschäftigen.

Ideen auf Machbarkeit testen

„Diese beiden Plattformen stehen für das Kernziel unserer Städteagenda: Sich miteinander verbinden und voneinander lernen“, sagte Corina Crețu, EU-Kommissarin für Regionalpolitik. „Wir geben Städten die Mittel, neue Ideen auszuprobieren und zu erproben, welche Instrumente sich als nützlich und machbar herausstellen“, ergänzte Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič.

Im Rahmen der EU-Städteagenda sind zwölf grenzüberschreitende Partnerschaften vorgesehen, bei denen grenzübergreifend an der Lösung von Problemen gearbeitet wird, denen sich Städte in der EU gegenüber sehen. Vier Pilot-Partnerschaften sind bereits angelaufen. Eine zur Integration von Migranten, die von der Stadt Amsterdam koordiniert wird und bei der auch Berlin mitarbeitet. Eine andere Partnerschaft beschäftigt sich mit Möglichkeiten zur Verbesserung der Luftqualität, unter Beteiligung deutscher Städte an Rhein und Ruhr und bei den anderen geht es um die Schaffung von mehr günstigem Wohnraum und um die Verringerung von Armut.

Integrationsprojekte in München gefördert

Aber auch auf vielen anderen Wegen werden Städte in der EU unterstützt. So hat die EU-Kommission gerade 18 Städte ausgewählt, in denen die Erarbeitung „innovativer Konzepte zur Stärkung der Stadtgesellschaft“ finanziell gefördert wird. In Deutschland erhält München 4 Mio. Euro, um in den kommenden drei Jahren

Wie sich die Gesellschaft in der EU entwickelt, entscheidet sich vor allem in Europas Städten. Denn dort leben 70 Prozent der Europäerinnen und Europäer. Der Übergang zu einer „grünen“ Wirtschaft, funktionierende, nachhaltige Verkehrssysteme, der Einsatz neuer Technologien und die Integration von sozial Schwachen und Migranten sind Aufgaben, die zunächst in den Städten gelöst werden müssen. Die EU unterstützt die Kommunen auf vielfältige Weise dabei, gemeinsame Lösungen zu finden. Zwei neue Internet-Portale sollen den Austausch weiter verbessern.

neue Wege zu entwickeln, anerkannte Flüchtlinge besser und schneller in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ziel der Stadt München ist es, die Fähigkeiten und Potenziale der Neu-Bürger gezielt zu fördern und sie zu ermutigen, in ihren Vierteln aktiv zu werden. „Damit wird nicht nur ein wertvoller Beitrag zum langfristigen Zusammenwachsen der Stadtgesellschaft gefördert, sondern auch der Grundstein für künftigen Wohlstand gelegt“, sagte Dorothee Schiwy, Sozialreferentin der Stadt München.

Konkret sollen lokale Begegnungszentren eingerichtet werden. Hier sollen sich Migranten untereinander und mit Vertretern öffentlicher Einrichtungen treffen, um auszuloten, wie sich die Zugezogenen engagieren oder den Einstieg in die Arbeitswelt schaffen können. Dabei helfen sollen ehemalige Migranten, die die Neuen als Tutor oder Mentor dabei unterstützen, sich zurechtzufinden. Zu Begegnungszentren könnten etwa Gemeinschaftsräume, -küchen oder -gärten in neuen Wohnanlagen werden, die derzeit gebaut werden, und in der zur Hälfte anerkannte Flüchtlinge und zur Hälfte „alleingesessene“ Münchner wohnen sollen. Denkbar wäre in solchen Wohnanlagen zum Beispiel, dass handwerklich ausgebildete Migranten als Hausmeister angestellt werden oder dass entsprechend qualifizierte Menschen Dienstleistungsangebote entwickeln, etwa in der Gesundheitsfürsorge. (frh) >

■ [Informationsplattform für Städte](#)

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 26.10.2016 19.00–21.00 Uhr	„Die Sicherheitslage in Deutschland und Europa – Nutzen Terroristen die Not der Flüchtlinge für ihre Ziele?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt, Landkreis Saalekreis	Schützenhaus Loderslebener Straße 5a 06268 Querfurt	www.kas.de/sachsen-anhalt/de/events/69645/
> 27.10.2016 19.30–21.00 Uhr	„Laufbahn Europa: Arbeits- u. Karriereöglichkeiten bei den EU-Institutionen“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Informationszentrum Köln	Europäisches Dokumentationszentrum Universitätsstraße 33 50931 Köln	www.ize-koeln.de/de/component/jem/event/244-laufbahn-europa.html
> 27.10.2016 18.00–20.00 Uhr	„Où allons nous? – Deutschland und Frankreich vor den Wahlen 2017“ Vortrag Veranstalter: Deutsch-Französisches Kulturinstitut Tübingen e.V. und Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Integration der Universität Tübingen	Universität Tübingen Geschwister-Scholl-Platz 72074 Tübingen	www.wiso.uni-tuebingen.de/faecher/ifp/lehrende/abels/newsfullview-professur-abels/article/veranstaltungsreihe-ou-allons-nous-deutschland-und-frankreich-vor-den-wahlen-2017.html
> 27.10.2016 20.00–22.00 Uhr	„Chancen und Herausforderungen: Welche Perspektiven hat Europa nach dem Brexit?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europabüro Bremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	www.helgatruepel.de/allgemein/chancen-und-herausforderungen-welche-perspektiven-hat-europa-nach-dem-brexit.html
> 31.10.2016 19.00–20.30 Uhr	„Von der Eurokrise zur Unionskrise?“ Vortrag Veranstalter: Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft	Bürgerhaus Trappenkamp Am Markt 3 24610 Trappenkamp	www.shug.uni-kiel.de/de/aktuelles-Temine
> 31.10.2016 19.00–22.00 Uhr	„Was sind Europas Werte?“ Sankelmarker Europagespräch Veranstalter: Europäische Akademie Schleswig-Holstein	Akademie Sankelmark Akademieweg 6 24988 Oeversee	www.eash.de/unser-programm/seminaretagungen.html
> 01.11.2016 19.00–21.00 Uhr	„Hessen – Europas Tor zum Weltraum“ Hessischer Europaempfang 2016 Veranstalter: Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund	Schloss Biebrich Rheingaustraße 140 65203 Wiesbaden	www.europatermine.de/termine/datum/2016/november/1/termin/einzel/hessischer_europaempfang_2016.html
> 02.–04.11.2016 15.30 Uhr	„Flucht, Asyl und Migration in Europa. Möglichkeiten grenzüberschreitender Kooperation“ Projektwerkstatt Veranstalter: Evangelische Akademie Loccum, Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“	Evangelische Akademie Loccum Münchehäger Str. 6 31547 Rehburg-Loccum	www.loccum.de/p16141.pdf
> 04.11.2016 08.30–10.00 Uhr	„Sächsische Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Rahmen von Horizont 2020“ EU-Briefing mit der sächsischen Wissenschaftsministerin Dr. Eva-Maria Stange Veranstalter: Evangelische Akademie Loccum, Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“	Sächsischer Landtag Bernhard-von-Lindenu-Platz 1 01067 Dresden	http://sachsen.europaeische-bewegung.de/index.php?id=22947

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

IN VIELFALT GEEINT – ZWISCHEN TRADITION UND MODERNE

64. Europäischer Wettbewerb für Schüler gestartet



Bräuche, Feste, Mode und Traditionen prägen die vielfältige europäische Kultur bis heute, auch wenn ihr historischer Ursprung manchmal in Vergessenheit geraten ist oder sich ihre Gestalt im Laufe der Zeit verändert hat. Der europäische Kulturschatz und seine Veränderung ist 2017 Thema des 64. Europäischen Wettbewerbs. Unter dem Motto „In Vielfalt geeint – Europa zwischen Tradition und Moderne“ können Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur Abschlussklasse mitmachen.

Während sich die Jüngsten mit Bräuchen, Trachten oder Mode beschäftigen, geht es für die Älteren um Musik, Sagen und Redensarten, um Malerei, Dichtung, Zukunftsvisionen aber auch um Europa-politik oder – im Lutherjahr – um neue Thesen für Europa. Bearbeitet werden können die Themen etwa durch Bilder, Fotos, Collagen, Texte, Filme, Interviews, Musikstücke, Medienkampagnen oder Onlinebeiträge. Etwa 600 Geld- und Sachpreise sowie Reisen gibt es zu gewinnen. Einsendeschluss ist im Februar bzw. März 2017 – mit unterschiedlichen Terminen je nach Bundesland.

■ [Europäischer Wettbewerb 2017](#)

GLOBALE° – FESTIVAL FÜR GRENZÜBERSCHREITENDE LITERATUR

Internationalen Einflüssen in der deutschen Literatur auf der Spur

Saša Stanišić hat Erfahrung mit dem Überschreiten von Grenzen. 1978 in Višegrad, im damaligen Vielvölkerstaat Jugoslawien aufgewachsen, floh er von dort im Alter von 14 Jahren mit seiner Familie vor dem Bürgerkrieg nach Deutschland, wo er sich ein neues Leben aufbauen musste. Nach einem Studium von Slawistik und Deutsch als Fremdsprache ging er an das Deutsche Literaturinstitut in Leipzig und hat sich inzwischen als Schriftsteller einen Namen gemacht.



Damit passt er perfekt in das globale° – Festival für grenzüberschreitende Literatur. Dieses zeigt vom 25. Oktober bis 15. November in Bremen, Bremerhaven und Berlin, welche Impulse Menschen mit fremder Herkunft der deutschsprachigen Literatur geben. Stanišić liest am 26. Oktober in der Bremer Landesvertretung in Berlin aus seinem neuen Band mit Erzählungen „Fallensteller“, in dem es unter anderem um Menschen geht, die quer durch Europa ihren Sehnsüchten hinterherjagen.

■ [globale° – Festival für grenzüberschreitende Literatur](#)

NEUE ANFORDERUNGEN DURCH DIGITALISIERUNG

Konferenz zum Bedarf an „Bildung 4.0“



Die Digitalisierung in der Arbeitswelt – oft unter dem Stichwort „Arbeit 4.0“ diskutiert – wird für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern neue Anforderungen mit sich bringen. Mit der Frage, ob unsere Bildungssysteme die künftig nötigen Kompetenzen vermitteln können und wie die EU die nationalen Bildungssysteme bei Anpassungen unterstützen kann, beschäftigt sich eine Konferenz, die am 7. November in Berlin von der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland und von der Europäischen Bewegung Deutschland organisiert wird.

Zur Einführung wird Günther Oettinger, der EU-Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, sprechen. Danach sind drei Fachpodien zu schulischer und beruflicher Bildung sowie beruflicher Weiterbildung geplant. An Podiumsdiskussionen werden unter anderem Wissenschaftler und Vertreter von EU-Kommission, Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden teilnehmen. Anmeldungen zu „Braucht Arbeit 4.0 auch Bildung 4.0?“ sind bis zum 3. November möglich.

■ [Konferenz zu digitaler Bildung](#)

NEUE REGELN FÜR STRAFVERFAHREN

Anspruch auf Prozesskostenhilfe gestärkt

Wer in der EU von Polizei oder Strafverfolgungsbehörden einer Straftat verdächtigt wird, kann auf ein faires Verfahren vertrauen. „Das Recht auf einen Anwalt nützt den Bürgern aber nur, wenn sie den Anwalt auch bezahlen können“, sagte EU-Justizkommissarin Věra Jourová. Die endgültige Verabschiedung einer EU-Richtlinie zur Prozesskostenhilfe bezeichnete sie daher als „Meilenstein für den europäischen Raum des Rechts und der Grundrechte“. Die Richtlinie legt Kriterien fest, nach denen überall in der EU über die Gewährung von Prozesskostenhilfe entschieden werden muss. Dabei geht es um die Prüfung der finanziellen Möglichkeiten des Beschuldigten und darum, ob die Unterstützung nötig ist, um Zugang zur Justiz zu erhalten.

Weiter wird verankert, dass Prozesskostenhilfe spätestens vor einer Befragung, etwa durch die Polizei, gewährt wird und dass die Gründe einer Ablehnung schriftlich mitgeteilt werden müssen. Der Anspruch gilt auch in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls. Umgesetzt werden muss die Richtlinie bis Mai 2019.

■ [Neue EU-Vorschriften zu Prozesskostenhilfe](#)